

Ressort: Politik

Union plant Offensive gegen Alltagskriminalität

Berlin, 27.05.2013, 00:00 Uhr

GDN - Die Union will mit einer Initiative gegen Alltagskriminalität in die Offensive gehen. Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU) sagte der Bild-Zeitung (Montagausgabe): Volker Kauder: "Es muss in Zukunft auch die Alltagskriminalität wieder entschiedener bekämpft werden. Deutschland versinkt sicher nicht Kriminalität. Aber die Bürger erwarten zu Recht einen besseren Schutz des Staats."

Konkret sollen Standards für die Sicherung gegen Einbruchdiebstahl gesetzlich festgeschrieben werden. Kauder: "Wir brauchen mehr Video-Überwachung an Brennpunkten der Kriminalität. Die Menschen fühlen sich etwa an Bahnhöfen vielerorts nicht sicher. Wir reden zu Recht viel über den Datenschutz, aber zu wenig über die Bekämpfung oft ganz schlimmer Gewalt im öffentlichen Raum. Um Einbrechern das Handwerk zu legen, müssen die Anforderungen an Schlösser, Riegel, Fenster und Türen deutlich verbessert werden. So, wie bei der Wärmedämmung klare Mindestanforderungen per Gesetz geregelt sind, brauchen wir Mindeststandards für die Sicherung gegen Einbrüche bei Neubauten. Es sollte auch was bei den bestehenden Gebäuden geschehen." Die Kosten dafür könnten teilweise von der Steuer abgesetzt werden. "Verbesserungen bei der Einbruchsicherung sollten ähnlich den unseren Plänen für die energetische Gebäudesanierung, die von Rot-Grün aber im Bundesrat gestoppt wurden, in gewissem Umfang von der Steuer absetzbar sein. Es kann nicht sein, dass die Bürger ganz allein auf den Kosten für ihre Sicherheit sitzen bleiben." Darüber hinaus fordert der Unionsfraktionschef ein ganzes Maßnahmenpaket. Kauder: "Die Präsenz der Beamten muss in Wohngebieten und an Schwerpunkten des Einbruchdiebstahls deutlich erhöht werden." Entlang der Grenze zu Polen, wo Einbruchdiebstahl besonders problematisch ist, schlägt Kauder "eine intensivere Kooperation von Landes- und Bundespolizei" vor. Gesetzesänderungen soll es außerdem beim Thema Zwangsprostitution geben: "Zur Bekämpfung der Zwangsprostitution muss endlich etwas geschehen und mit den frauenfeindlichen rot-grünen Gesetzeserleichterungen aufgeräumt werden."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-14606/union-plant-offensive-gegen-alltagskriminalitaet.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com